

Erzgebirgischer Volksfreund

Ein „Erzgebirgischer Volksfreund“ erscheint täglich mit Zusatzblatt der Tages nach Aue und Schwarzenberg.

Postpreis (mindestens Sonntagspreis): im Postamt unter der Nummer des Jrs. Sonntags 83 M., Dienstag- und Freitagabend 75 M., zweitwöchentlich 100 M., im dritten Teil des halben Jahres 220 M., zweitwöchentlich 200 M., im vierten Jahr 220 M., zweitwöchentlich 200 M., im dritten Jahr 220 M., zweitwöchentlich 200 M.

Postleitzahl: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Büro-Sachen: Aue, Gräfenthal, Nr. 70.

Lageblatt * enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Sächs.- u. Thüringischen Behörden in Schneeberg, Löhnhain, Neuhaus, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Sohland.

Verlag C. M. Göttinger, Aue, Erzgeb.

Vertreter: Aue 81, Löhnhain (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 379. Druckerei: Volksfreund, Erzgebirge.

Einzelheiten für die am Hochzeitstag erledigten Dienste bis vermählt 9 Uhr in den Hauptbüros. Eine Dienstzeit für die Dienststellen der Behörden am zweitfolgenden Tage jeweils bestimmt. Siehe auch nicht gegeben, zum nicht für die Möglichkeit der Durchsetzung vorgesehenen Maßnahmen. — Zur Sicherung einer ausreichenden Sicherheit übernehmen die Betriebsbetriebe keine Verantwortung. — Unterbrechungen der Betriebsbetriebe begründen keine Haftpflicht. Der Jobatzausgang und Arbeitszeitstellen in Aue, Löhnhain, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 29.

Sonntag, den 4. Februar 1923.

76. Jahrg.

Die Firma Bruno Lautner, Metallwarenfabrik in Grünhain, beabsichtigt, als Verbesserung des bisherigen Zustandes für ihre Belegschaftsläden eine Kärt- und Neutralisationsanlage zu errichten und diese Abwasser nach Durchläufen derselben — wie bisher — durch die städtische Schleuse dem Moosalbach zuzuführen §§ 23 (insbesondere Ziffer 1), 33 des Wasser Gesetzes.

Rt. 146 W.

Die Unterlagen liegen hier zur Einsichtnahme aus.

Einige Einwendungen gegen die begehrte besondere Benutzung und Anlage sind binnen 14 Tagen, vom Eröffnen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg einzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung.

Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 27. Januar 1923.

Das auf Blatt 61 des Grundbuchs für Burkhardtsgrein eingetragene, verliehene Bergbaurecht: Gelnhäusbeschaffung zu Burkhardtsgrein, in einer Größe von 149 Hektaren, ist von dem Berechtigten, Kaufmann Hans Joachim Gutowsky in Berlin, am 5.6. Januar 1923 aufgegeben worden.

Nach §§ 392, 393 des Allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910 können die Hypotheken-, Grundschul-, und Rentenschuldbläger, sowie jeder, der auf Grund eines vollstreckbaren Titels die Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Bergbauberechtigten herbeizuführen in der Lage ist, binnen drei Monaten nach dieser Bekanntmachung die Zwangsvollstreckung des Bergbaurechts beantragen. Das gleiche Recht hat der Konkursverwalter.

Wird innerhalb der Frist die Zwangsvollstreckung nicht beantragt oder führt die Bevestigung mangels eines wickelhaften Gebots nicht zum Zutreffen, so erlischt das Bergbaurecht.

Amtsgericht Schneeberg, am 25. Januar 1923.

Die Politik der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Cuno führte einem Vertreter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ gegenüber folgendes aus:

Von dem ersten Augenblick an, da ich die Regierung übernahm, bin ich mir über die Schwierigkeiten unserer Lage klar gewesen. Sie wissen, daß unser Kabinett mit allen Mitteln und auf allen Wegen bemüht gewesen ist, eine Verständigung mit Frankreich einzuleiten. Ich habe die Regierung ganz ausdrücklich mit der Aufgabe übernommen, eine gesäßtlich tragbare Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen. Ich habe die solidarische Mitwirkung der Großindustrie zur Durchführung der Pläne gefordert, die wir vorzulegen bereit waren. Sie wissen weiter, daß ich Herrn Poincaré meine Verhandlungen und Verständigungsbereitschaft in verschiedensten Formen habe wissen lassen.

Dem Weg der Verhandlungen hat Frankreich den Weg der Gewalt vorgezogen. Von dem Augenblick an, wo französische Truppen in das Ruhrgebiet eingebrochen sind, ist uns die Linie unserer Politik haarscharf vorgezeichnet. Es ist die Politik des passiven Widerstandes, die von der Einigkeit des Kabinetts und des Reichstages und von den ersten und zielbewußten Volksmeinung getragen wird, eine Politik, deren Festigkeit durch das, was wir in den letzten Wochen haben erleben müssen, nur noch verstärkt worden ist.

Was wegen steht unser Volk so fest in seinem Entschluß, zu tragen, was ihm an Last und Leid zugemutet wird? Zum ersten deshalb, weil es überzeugt ist, daß die Regierung nichts unterlassen hat, um ihm diese schwere Prüfung zu ersparen. Sodann, weil es weiß, daß Frankreich uns keine Wahl gelassen hat. Das französische Vorgehen bestimmt unsere eigene Haltung mit eiserner Konsequenz. Wir werden uns keinesfalls dazu verleiten lassen, durch aktiven Widerstand, zu dem uns die Waffen fehlen, dem Gegner von uns aus einen Anschluß zur Entfesselung seiner leichten militärischen Mittel zu geben, wir werden aber ebensoviel die passive Resistenz erweichen lassen, die uns als Waffe in diesem wirtschaftlich geführten Kriege zur Verfügung geblieben ist.

Wenn ich gefragt werde, wie ich mit der Weiterführung des passiven Kampfes vorstelle, so kann ich nur antworten, es hängt ganz von den Absichten und dem Vorgehen des Gegners ab, welche Abwehrmaßnahmen erforderlich sein werden. Das liegt in dem Charakter des defensiven Kampfes, den wir zu führen haben. Das aber weiß ich, daß die Abwehr keinesfalls versagen wird. Wir sind noch auf manches gefasst. Je schwächer jedoch die Franzosen vorgehen werden, um so weiter werden sie von ihrem eigenen Ziele fortgeführt werden, wenn anders dieses Ziel nicht tatsächlich auf Erlangen von Reparationen beschränkt.

Die Einfachheit unserer Politik ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß die schlimmen Folgen der Besiegung nicht schlimmer sein können, als die Folgen eines Nachgebens. Deswegen ist unser Volk auch so völlig klar, daß wir diesen Kampf bis zu Ende durchhalten müssen, d. h. bis zu jenem Punkte, wo es unserer passiven Resistenz keinen wird, die Gewalt ab absurdum zu führen.

Unsere Verantwortung schreibt uns das größte Maß von Sollontheit vor. Wir werden niemand herausfordern, wir werden aber auch Herrn Poincaré nicht die goldene Brücke eines Sieges bauen dürfen, weil sonst der ganze Kampf der Arbeiter und Unternehmer im Ruhrgebiet und die Leiden unserer pflichtgetreuen Beamten umsonst gewesen wäre, weil es notwendig ist, die Ungangbarkeit des von Herrn Poincaré eingeschlagenen Weges ein für allemal nachzuweisen.

Über die Möglichkeit von Verhandlungen zu reden, ist gegenwärtig noch nicht an der Zeit. Die Bedingungen unserer Verhandlungsbereitschaft haben wir oft genug ausgesprochen. Die letzten Ausführungen des Herrn Poincaré zeigen, daß auf der anderen Seite noch nicht der leiseste Wunsch besteht, den Weg der Gewalt zu verlassen. Alle weiteren Ereignisse werden davon bestimmt werden, wie weit Frankreich diesen Weg weiter zu verfolgen gedenkt.

Zwei neue Morde.

Eilen, 2. Febr. In Breiten wurde gestern abend der Bergmann und Schuldiener Haumann von einem französischen Posten erschossen.

Der Amtmann Tielemann, der gegen die Erschießung Haumanns protestiert hatte, ist von den Franzosen verhaftet worden.

Eilen, 2. Febr. Zwei belgische Soldaten, die sich unter dem Vorwand, auf besondere Scheine fahren zu können, geweigert hatten, Straßenbahnskatzen zu lösen und deshalb aussteigen sollten, griffen zur Schußwaffe, verletzten den Wagenführer schwer und töteten einen unbeteiligten Fahrgärt. Die Soldaten wurden von der deutschen Schuppold setzgenommen.

Ein Kohlenzug von französischen Posten beschossen.

Hagen, 2. Febr. Ein unerlaubt des Verbots der Kohlenauflast nach dem unbefestigten Gebiet Deutschlands durch die Bahnstation Hengstrei in Richtung Schwerin abschreitender Kohlenzug wurde von französischen Posten beschossen.

Die Abwehrpläne der deutschen Regierung.

Eilen, 2. Febr. Über die Form der Abwehr gegenübert den französischen Maßnahmen des Kontrollblockade Deutschland erfuhr W. T. B.: Es kann angenommen werden, daß die Franzosen versuchen werden, von den etwa 20 000 beladenen Kohlenwagen, die sich jetzt im Ruhrgebiet befinden, einen Teil nach Frankreich zu schaffen, und zwar sollen dazu die beiden im Ruhrgebiet militarisierter Strecken, die Ruhrtalbahn und die Strecke Düsseldorf-Duisburg-Oberhausen-Lünen dienen. Wie weit es den Franzosen möglich sein wird, die sich widerrechtlich angesetzten Kohlen aus dem Ruhrgebiet über das althessische Gebiet herauszubringen, muß abgewartet werden. Die Klasse des Reichsverteidigungsministers haben die Ehrendahner über die geplanten Abwehrmaßnahmen unterrichtet. Im Ruhrgebiet selbst herrscht das Bestreben, die Wirtschaft soweit wie nutzbringend möglich aufrecht zu erhalten, da ein deutsches Interesse an der geordneten Fortführung der deutschen Betriebe im Ruhrgebiet unabdingt besteht. Für diesen Zweck werden auch die dafür benötigten Rohstoffe herangezogen. Sollen von französischer Seite Versuche unternommen werden, Kohlen für die Zwecke Frankreichs zu verwenden, so werde die Bergarbeiterchaft des Ruhrgebietes geschlossen befreit sein, einen derartigen Kohlenraub zu vereiteln. Die für diesen Fall vorbereiteten Maßnahmen werden äußerlich vollkommen ruhig und planmäßig durchgeführt werden und bei jeder Wiederaufnahme wird sorgfältig geprüft werden, ob sie den Interessen des deutschen Volkes zu dienen geeignet ist und die französischen Handelsleute wirklich zum Schließen bringen kann. Nach wie vor sieht den wechselseitigen Gewaltmethoden das gesamte Ruhrgebiet ruhig, geschlossen und abwehrbereit gegenüber. Es besteht deshalb begründete Hoffnung, daß auch der neuere Schachzug der Franzosen nicht zum Erfolge führen wird, den die französischen Machthaber brauchen.

Berlin, 2. Febr. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß unser wirtschaftliches Ziel eine Katastrophenpolitik nicht bedingt, und erwägt ernsthaft Maßnahmen gegen die augenblickliche Devisenspekulation an den Börsen. Verschärfung der Devisenkontrolle und stärkere Zentralisierung des Devisenhandels sind vorgesehen. Eine Schließung der Börsen ist nicht bedacht, doch soll die Spekulation des Privatpublikums erhortet werden. Marktfürsatzpositionen lassen sich voreif nicht befestigen. Die Hinaufschwabung des Dollars ist vielfach nur Spekulationsmache; so wurde der Dollar in Berlin kürzlich um 10 000 Mark gehoben an einem Tag, wo in Berlin nur 300 Dollar insgesamt umgesetzt werden sind. Auch der zum Teil umgedrehten Wertsteigerung der Lebensmittel, die vielfach mit dem Dollarmarkt in seinem Zusammenhang steht, soll wahrscheinlich entgegengesetzt werden. (Wer sind denn nun eigentlich diese Börsenboden und warum verheimlicht man ihre Namen der Öffentlichkeit? „T. B.“)

Treueblößnis der Arbeiter und Beamten.

Berlin, 2. Febr. Die Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Ruhrgebietes haben folgende Entscheidung gefaßt: „Die am 31. Januar versammelten Vertreter des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter und Angestellten und der Beamtenverbände aus dem besetzten Gebiet brüderlich miteinander.“

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft werden ab 1. Januar 1923 sämtliche Spareinlagen bei der städtischen Sparkasse zu Schwarzenberg mit 4 Prozent (bisher 3½ Prozent) verzinst. Der Rat der Stadt.

Der III. Nachtrag zum Regulativ für die städtische Hochdruckwasserleitung vom 20. März 1903 ist von der Amtshauptmannschaft genehmigt worden. Er liegt 14 Tage lang im Stadthaus, Zimmer Nr. 4, zur Einsichtnahme öffentlich aus. Grünhain, den 31. Januar 1923.

Der Bürgermeister.

Der XIV. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung vom 5. VI. 18, Hundesteuer betr., ist von der Amtshauptmannschaft genehmigt worden. Er liegt 14 Tage lang im Stadthaus, Zimmer Nr. 4, zur Einsichtnahme öffentlich aus. Grünhain, am 31. Januar 1923.

Der Bürgermeister.

Offizielle Stadtverordnung in Lößnitz

Donnerstag, den 8. Februar 1923, abends 6 Uhr, im Stadtverordnetenstanzimmer, Rathaus 2. Et.

Die Tagesordnung ist im Hausschl. ausgehängt.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Weitere amtliche Bekanntmachungen befinden sich im Verblatt.

verträglichen Willen aus, den Angriff der Franzosen auf die friedliebende, arbeitsame Bevölkerung mit allen Kräften bis zum vollen Erfolg abzuwehren. Eine der sichersten Befestigungen für diesen Erfolg würde in der Sicherung der Ernährung der vergewaltigten Gebiete bestehen. Die Reichsregierung ist verpflichtet, alles für diese Sicherung einzusehen und dem verhängnisvollen Treiben der Böse energisch Einhalt zu gebieten. Die deutschen Produzenten und der deutsche Handel werden dringend erachtet, die hart kämpfende Ruhrbevölkerung nicht nur durch nationale Belügungen, sondern durch praktischen Patriotismus willksam zu unterstützen. Insbesondere wehren sich die Vertreter des Gewerkschaftsringes mit aller Entschiedenheit dagegen, daß systematische Abwehrmaßnahmen, deren Erfolg erst allmählich reifen können, in gewisser Weise zu Börsenmanövern ausgenutzt und von einem gewissen Teil der deutschen Presse unverantwortlich sensationell ausgebaut werden. Indem die Versammelten die Erfüllung dieser Voraussetzungen als nationale Selbstverständlichkeit ansiehen, unterstreichen sie wiederholt den Willen zur entschiedenen Abwehr. Sie werden sich an die Arbeitnehmern der ganzen Welt und rufen sie zur moralischen Unterstützung in diesem Kampfe des gesunden Menschenrechts gegen rohe Gewalt auf. Der Sieg des Rechts muss gewiß sein!“

Bayerlandesverräter.

Regierungsrat Meß vom Eisenbahnbetriebsamt Cleve ist wegen offenkundiger Unterförderung der sogenannten Eisenbahnlinien von der Eisenbahndirektion Köln seines Amtes entzogen worden. Der Zollinspektor Karl Jansen in Duisburg, gegen den schon seit langer Zeit ein Disziplinarverfahren förmlich arbeitete, mit den Belgieren zusammen und händigte der Besatzungsbehörde die Bücher seines Zollamtes aus. Es ist gegen ihn sofort ein Verfahren wegen Landesverrates beim Reichsgericht eingeleitet worden.

Die Blockade.

Eilen, 2. Febr. Die Spurte um das Ruhrgebiet scheint jetzt völlig durchgeführt zu sein. Auch das Loch im Norden, durch das gestern noch einige Züge gebracht werden konnten, ist geschlossen. Die Rheinschiffahrt liegt völlig still.

Düsseldorf, 2. Febr. Nach Mitteilung des französischen Generals in Düsseldorf wird heute nachmittag Bohrwellen von einem Bataillon Infanterie und einer Schwadron Kavallerie besetzt. (Bohrwellen liegt weit südlich von Elberfeld und steht weiter in politischer noch in wirtschaftlicher Beziehung mit dem Ruhrgebiet.)

Die neue Maßnahme des Reichsverkehrsministers. Berlin, 2. Febr. Der Reichsverkehrsminister hat an die Reichseisenbahnpresidenten des Ruhrgebietes eine neue Maßnahme ergehen lassen, bei allen Verhandlungen und Maßnahmen die von ihm angeordneten Richtlinien unter keinen Umständen in irgendeiner Beziehung abzuweichen. Verurteilen auf das Rheinlandkommando sei mit dem Hinweis darauf entgegenzutreten, daß die jetzt vorliegenden Leistungen im ursächlichen Zusammenhang stünden mit dem rechtswidrigen Eindruck ins Ruhrgebiet. Dies gäbe auch von der verlangten Gelegenheit zu keinerlei fremden Personals. Eine solche dürfe in keinem Falle erfolgen.

Köln, 2. Febr. Der Eisenbahnverkehr im Eisenbahnverkehrsbezirk Köln ist gestern den getroffenen Vereinbarungen gemäß, wieder aufgenommen worden. Der Verkehr nach Sachsen ist wieder voll im Gange, ebenso nach Preußen. Auch in Richtung Ruhrgebiet kommt der Zugverkehr wieder in Gang. Die Bahnhöfe und Straßen sind von der militärischen Besetzung wieder geräumt.

Verhaftungen und Ausweisungen.

Kaufmann Röding in Weimar ist von den Franzosen verhaftet worden, weil er sich geweigert hatte, für die Besatzung Rohstoffquellen auszustellen.

Die in Böckum verhafteten Soldbeamten sind ausgewiesen worden. Hollmann Wohlbold ist mit Rücksicht auf ein hohes Alter freigelassen worden.

Die verhafteten und ausgewiesenen Oberbeamten des Eisenbahnverkehrsamt Eilen sind bei Osnabrück (in der Nähe von Münster) auf freier Bandstraße abgestellt worden.